**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

 **(Wichtige Ereignisse im Monat Dezember 2022)**

**EINLEITUNG: Im Dezember 2022 wurden auf drei großen internationalen Konferenzen bedeutende energiewende-relevante Vereinbarungen getroffen: In Montreal wurde der Kampf gegen das Artensterben aufgenommen – ein epochales Ereignis. Und auf EU-Ebene wurde erstens das Instrument des Emissionshandels bedeutend erweitert, erst damit dürfte man sich dem Paris-Ziel von 1,5 Grad effektiv annähern können; und es wurden zweitens Grenzausgleichsmechanismen etabliert, die verhindern sollen, dass für europäische Unternehmen – gegenüber der außereuropäischen Welt – Wettbewerbsnachteile durch Klimaschutzvorgaben entstehen.[[1]](#footnote-1)**

1. **Vom 7. bis 19. Dezember fand in Montreal die 15. UN-Biodiversitätskonferenz statt. Ihrem Hauptziel, dem Artensterben Einhalt zu gebieten, kam die Staatenwelt näher, wenn auch in den kommenden Jahren viele noch offene Fragen geklärt werden müssen (#38).[[2]](#footnote-2) Ziel der Konferenz war es, soweit dies überhaupt noch möglich ist, die Vielfalt der Ökosysteme sowie die genetische Vielfalt und den Reichtum an Arten bei Tieren, Pflanzen, Pilzen und Mikroorganismen zu erhalten oder wiederherzustellen. Diese Vielfalt ist aktuell extrem bedroht:** Zum Beispiel sind weltweit rund eine Million Arten direkt vom Aussterben bedroht – 25 Prozent aller Säugetiere, 13 Prozent der Vögel und 42 Prozent der Amphibien. Wichtig in diesem Zusammenhang: Die Teilnehmer der Konferenz gingen davon aus, dass die Biodiversitätskrise und die Klimakrise einander bedingen und deshalb gemeinsam bearbeitet werden müssen: So führen Einbußen bezüglich der Artenvielfalt zu Klima-Instabilitäten, während drastische Klimaveränderungen die Biodiversität beeinträchtigen oder sogar zerstören. Nach fast zweiwöchigen Verhandlungen haben sich die Teilnehmer des Weltnaturgipfels, nach schwierigen Verhandlungen, im kanadischen Montreal **auf eine Abschlusserklärung[[3]](#footnote-3) geeinigt**.
* **Das wichtigste Ergebnis**: Die ca. 200 auf der Konferenz vertretenen Staaten setzen sich das Ziel, mindestens 30 Prozent der weltweiten Land- und Meeresflächen bis 2030 unter Schutz zu stellen.
* Außerdem wollen sie **mehr Geld** für den Schutz der Artenvielfalt ausgeben. Dafür sollen reichere Staaten ärmeren Ländern bis 2025 rund 20 Milliarden Dollar jährlich zukommen lassen.[[4]](#footnote-4)
* Nach der Verabschiedung des (rechtlich nicht bindenden) Abschluss-Dokuments brach in der Plenarsitzung, die zuvor immer wieder zeitlich nach hinten verschoben worden war, lauter Jubel aus. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) würdigte die Abschlusserklärung als **Signal der Entschlossenheit**. „Die Staatengemeinschaft hat sich dafür entschieden, das Artenaussterben endlich zu stoppen“, sagte sie. Der Beschluss spanne „einen Schutzschirm für unsere Lebensgrundlagen“ auf. Lemke: „Indem wir Natur schützen, schützen wir uns selbst und sichern auch für unsere Kinder eine lebenswerte Umwelt.“
* **Aber es wurden** **auch kritische Stimmen** laut: Der Naturschutzbund bemängelt das Fehlen messbarer Ziele. Jannes Stoppel von Greenpeace kommentierte: „Es ist als Erfolg zu bezeichnen, dass nach zähen Verhandlungen der Vertragsstaaten überhaupt eine Vereinbarung zustande gekommen ist“. Es handele sich um ein „lückenhaftes, aber letztlich überraschend gutes Rahmenwerk“, sagte Florian Titze vom Umweltverband WWF Deutschland. Georg Schwede von der Organisation Campaign for Nature sagte, das Abkommen biete die Chance, „die so dringend notwendige Trendwende zur Bewältigung der Biodiversitätskrise einzuleiten“. Der Naturschutzbund Nabu reagierte mit Ernüchterung auf die Abschlusserklärung: Trotz inhaltlicher Fortschritte reiche die Vereinbarung nicht aus, um den Verlust der Artenvielfalt und von Ökosystemen zu stoppen oder umzukehren. „Die Welt rast in der Natur- und Klimakrise auf einen Abgrund zu“, warnte Nabu-Präsident Jörg-Andreas Krüger. „Doch statt entschieden zu bremsen, geht sie lediglich etwas vom Gas.“ Der Nabu bemängelte insbesondere das Fehlen messbarer Ziele, die den Biodiversitätsverlust durch Landwirtschaft, Fischerei und Handel aufhalten könnten. Vertreter einiger vor allem ärmerer Länder kritisierten, dass zu wenig finanzielle Hilfen der reicheren Länder eingeplant worden seien. Diese Einwände seien nicht ausreichend ernst genommen worden, und die Verabschiedung sei am Ende auch gegen Widerstände durchgepeitscht worden, bemängelte beispielsweise der Vertreter der Demokratischen Republik Kongo**.**
* **Die Bedeutung dieser Ergebnisse – sowie der Stimmen Pro und Contra – wurden von Heike Holdinghausen in der TAZ wohlwollend und illustrativ wie folgt gewürdigt** **(#62)**:

Der Vertrag von Montreal löse das Problem des Artensterbens nicht im Detail. (Wichtige Arbeiten zur Umsetzung des Abkommens beginnen also erst jetzt.) Aber der Vertrag bildet einen wertvollen Leitfaden, um Biodiversität besser zu schützen. So haben die Konferenzteilnehmer nicht verkündet, sie würden künftig ihre Chemieindustrie gesundschrumpfen, Ackergifte verbieten, Düngemittel reduzieren, die Plastikproduktion einschränken; sie würden die Landrechte neu ordnen, den Straßenbau einstellen, den Papierverbrauch rationieren, sie würden ihre Banken und Investmentfonds an die Kette legen, ihnen also verbieten mit ihren Investitionen, die Böden zu versiegeln, die Klimakrise anzuheizen und Meere zu verdrecken. Und so weiter!

Es wurden auch keine Sank für Frevler festgelegt, keine Berichtspflichten für Staaten oder Unternehmen, keine Verbote. Somit sei das Abkommen mit seinen „Goals“, also langfristigen, und „Targets“, also kurzfristigen, konkreten Zielen nicht mehr als eine – rechtlich nicht verbindliche – Diskurshilfe. Sie erhält aber großes Gewicht durch das auf der Konferenz erstmals vor der Weltöffentlichkeit bekräftigte Bekenntnis, Biodiversität jetzt ernst zu nehmen.

Umweltverbände, Bürgerinitativen und Parteien können dieses Bekenntnis nutzen, um lokale, politische Entscheidungen zugunsten der Biodiversität durchzusetzen: Wenn der Deutsche Bauernverband künftig gegen die Wiedervernässung von Moorgebieten wettert, stellt er sich offen gegen einen Vertrag der Länder der Welt. Denn auch Deutschland muss wertvolle, zerstörte Naturflächen renaturieren, und Moore fallen Natur- und Klimaschützern da als erstes ein. Wenn das EU-Parlament beschließt, den Abschuss von Wölfen in Europa zu erleichtern, handelt es gegen den Geist von Montreal. Denn der sieht vor, dass die Populationen von Wildtierarten groß genug sein müssen, um die genetische Vielfalt innerhalb der Arten und somit ihre Widerstandskraft gegen Umweltveränderungen zu erhalten. Und der Verband der Ölsaaten verarbeitenden Industrie muss bessere Antworten als bisher finden, wenn er gefragt wird, von welchen brasilianischen Äckern die Soja-Importe seiner Mitgliedsunternehmen stammen, und ob dort die Rechte der lokalen Bevölkerung geachtet wurden oder nicht. Obwohl Berichtspflichten sinnvoll wären, fragen kann man auch ohne sie. Man braucht nur zu wissen, dass der Soja-Anbau den Regenwald zerstört und dass dies die Biodiversität gefährdet. Und dass die Menschheit diese tödliche Kette abreißen möchte. **Also: jede banale, noch so kleine Entscheidung ist eingebettet in eine große Erzählung.** Soll die Stadt Brandenburg an der Havel ein neues Gewerbegebiet auf die grüne Wiese setzen, um ihrer wachsenden Bevölkerung Beschäftigung und Wohlstand auch in Zukunft zu sichern? Nein, soll sie nicht. Soll Rheinland-Pfalz seine Bundesstraße 10 vierspurig ausbauen? Nein, auch nicht. Für beide Projekte gibt es gute Gründe und Argumente. Aber sie versiegeln Böden, zerreißen intakte Naturräume, führen zu Treibhausgasemissionen und stellen damit genau den Kampf gegen die Natur dar, den die Staatengemeinschaft in Montreal für beendet erklärt hat.

Bis zur nächsten Biodiversitätskonferenz im Jahr 2024 haben die Regierungen somit eine Menge **Hausaufgaben** zu erledigen, um die vereinbarten Ziele zur operationalisieren. Ob das reichen wird, zeigt sich im Jahr 2026. Dann wollen alle Staaten gemeinsam eine Bestandsaufnahme zum globalen Artenschutz machen **(#75)**.

Zuletzt sei noch ein sehr wichtiges Ergebnis der Konferenz erwähnt: Die biologische Vielfalt soll zukünftig nachhaltig genutzt werden. Das heißt: **Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen sollen gerecht und ausgewogen aufgeteilt werden**, auch wenn sie in digitaler Form vorliegen. Dies gilt auch für Gewinne, die mithilfe von traditionellem Wissen im Zusammenhang mit genetischen Ressourcen gemacht werden. Für alle diese Ziele sind „angemessene Mittel zur Umsetzung“ vorgesehen, „einschließlich finanzieller Ressourcen, technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit sowie Zugang zu und Weitergabe von Technologie“ **(#97)**.

1. **Durchbruch beim EU-Klimaschutz! Der EU-Emissionshandel wird erweitert! Am 18. Dezember 2022 haben das Europäische Parlament und der Rat im Rahmen von Trilog-Verhandlungen[[5]](#footnote-5) eine vorläufige Einigung zur Reform und Erweiterung des Emissionshandels erzielt (#58).** **Es gab eine Vereinbarung zwischen Europäischem Parlament und dem Rat der EU-Regierungen. Demnach verschärft die Europäische Union ihr wichtigstes Klimaschutzinstrument, nämlich den Emissionshandel. Und vor allem wird es einen weiteren Emissionshandel für Wirtschaftsbereiche geben, die bislang nicht für ihren CO2-Ausstoß zahlen müssen.**[[6]](#footnote-6)

**Den Europäischen Emissionshandel gibt es schon seit 2005. Das Prinzip: Wer verschmutzt, muss zahlen. Lange Jahre ging diese Rechnung kaum auf. Viel zu viele CO2- Zertifikate waren in Umlauf, die Preise entsprechend niedrig. Zeitweise lagen sie bei 5 Euro pro Zertifikat, das zum Ausstoß einer Tonne CO2 berechtigte. Das beeindruckte kaum ein Unternehmen in den betroffenen Wirtschaftsbereichen, nämlich der Stromgewinnung und der Industrie. Reform für Reform wurde die Menge der verfügbaren Zertifikate reduziert, wenn auch teils nur vorübergehend. Mittlerweile kostet die Tonne CO2 ca. 80 Euro. Immerhin beim Klimaschutz in der Stromgewinnung zeigt das schon Wirkung. Die Industrie ist allerdings träger, was freilich auch damit zusammenhängt, dass sie einen Großteil ihrer Zertifikate geschenkt bekommt – also gar nicht für jede verursachte Tonne CO2 zahlt.**

**Nun ist aber klar: Die Europäische Union führt einen weiteren Emissionshandel ein, der nun auch für den Verkehrs- und den Gebäudesektor gilt. Freilich, Wirtschaftssektoren wie die Landwirtschaft kommen damit vorerst ungeschoren davon. Fossiles Heizen und Tanken werden aber in vielen EU-Ländern teurer. Für Deutschland ändert sich nicht viel. Denn hierzulande gibt es schon seit 2021 einen CO2-Preis für Verkehr und Gebäude. Künftig gilt nun ein solches System EU-weit, und zwar ab 2027. Dabei soll es allerdings vorerst einen Preisdeckel geben, bis 2030 soll er bei 45 Euro pro Tonne CO2 liegen.**

**Um Bür​ge​rInnen beim Umstieg auf ein klimafreundlicheres Leben zu unterstützen, soll es zudem künftig einen Klimasozialfonds geben. Gespeist werden soll er aus nationalen und europäischen Einnahmen aus dem neuen Emissionshandel. Ab 2026 soll der Fonds starten und dann über fünf Jahre insgesamt 87 Milliarden Euro ausschütten.**

**Auch beim ursprünglichen Emissionshandel, dem für Stromproduktion und Industrie, ändert sich einiges. Dort soll weiter bei den verfügbaren Zertifikaten gekürzt werden. Das heißt: Es darf insgesamt weniger CO2 emittiert werden und die Preise dafür steigen. Die Industrie bekommt dabei allerdings weiter Zertifikate geschenkt, wenn auch weniger als früher.**

**Dass es mit den kostenlosen Zertifikaten weitergeht, kritisieren KlimaschützerInnen. „Die Ge​setz​ge​be​rIn​nen finden den Schutz der Industrie offensichtlich wichtiger als den der Menschen und des Planeten“, urteilte Klaus Röhrig vom Climate Action Network Europe. Auch Agnese Ruggiero von Carbon Market Watch kritisierte „massive Geschenke an die Schwerindustrie“, die die Emissionsminderung der klimaschädlichen Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt verlangsamen werde.**

**Die aktuelle Reform soll die EU auf den richtigen Weg zu ihrem Klimaziel bringen, ihre Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Ihren fairen Beitrag zum Pariser Weltklimaabkommen, das die Erderhitzung möglichst bei 1,5 Grad stoppen soll, liefert sie damit nach allgemeinem Verständnis (noch) nicht. Weitere Einzelheiten zur Thematik siehe (#73). Dort wird u.a. gesagt: Mit der jetzt vereinbarten Reform sollen die Emissionen bis 2030 nun um 62 Prozent reduziert werden. Das Plus von drei Prozentpunkten scheint nicht übermäßig ambitioniert zu sein, bringt Europa aber langsam auf einen Kurs, das globale 1,5-Grad-Limit einzuhalten. Dazu müssten am Ende etwa 65 Prozent CO2-Einsparung her, sagt Elena Hofmann, Klimareferentin beim Umwelt-Dachverband Deutscher Naturschutzring.**

1. **In der Nacht zum 13. Dezember kamen das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten bei Verhandlungen in Brüssel überein, schrittweise eine CO2-Abgabe auf bestimmte Importe, wie Zement und Stahl, aus Drittländern zu erheben (#87). Dieser Grenzausgleichsmechanismus CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) zielt darauf ab, zu verhindern, dass für europäische Unternehmen Wettbewerbsnachteile durch Klimaschutzvorgaben entstehen – oder Unternehmen womöglich CO2-intensive Produktionen aus der EU in andere Länder verlagern, um den CO2-Preis zu umgehen. Auch dies ist Teil des Klimapakets „Fit for 55“, mit dem die EU ihren CO2-Ausstoß bis 2030 um mindestens 55 Prozent verringern will. Importeure etwa von Eisen oder Stahl sollen künftig CO2-Zertiﬁkate entsprechend der Klimaschädlichkeit ihrer Einfuhren kaufen müssen. Auch Aluminium und Zement sollen dem CBAM laut der Einigung unterliegen. Nach Forderungen des EU-Parlaments wurde auch Wasserstoff mit aufgenommen. Die Europäische Kommission soll zudem die mögliche Ausweitung auf organische Chemie und Kunststoffe prüfen. Der genaue Zeitplan für die Anwendung hängt von weiteren Verhandlungen ab. Die Mitgliedstaaten fordern eine schrittweise Anwendung des Mechanismus über zehn Jahre ab 2026. Die Europaabgeordneten hingegen wollen eine schrittweise Umsetzung zwischen 2027 und 2032. Weitere Details zum Thema: siehe (#13, #48).**

**---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------**

**LITERATUR**

**#13:** [**https://www.klimareporter.de/international/das-klima-wird-zum-faktor-in-der-handelspolitik**](https://www.klimareporter.de/international/das-klima-wird-zum-faktor-in-der-handelspolitik)

**#38:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/weltnaturgipfel-ergebnis-schutz-land-und-meeresflaechen-1.5718101?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/weltnaturgipfel-ergebnis-schutz-land-und-meeresflaechen-1.5718101?source=rss)

**#48:** [**https://taz.de/CO2-Abgabe-fuer-Einfuhren/!5899087/**](https://taz.de/CO2-Abgabe-fuer-Einfuhren/%215899087/)

**#58:** [**https://taz.de/CO2-Zertifikate-werden-teurer/!5900441/**](https://taz.de/CO2-Zertifikate-werden-teurer/%215900441/)

**#62:** [**https://taz.de/Abkommen-zum-Schutz-der-Artenvielfalt/!5900896/**](https://taz.de/Abkommen-zum-Schutz-der-Artenvielfalt/%215900896/)

**#73:** [**https://www.klimareporter.de/europaische-union/fuer-1-5-grad-beim-klima-reicht-der-grosse-wurf-noch-nicht**](https://www.klimareporter.de/europaische-union/fuer-1-5-grad-beim-klima-reicht-der-grosse-wurf-noch-nicht)

**#75:** [**https://www.klimareporter.de/international/knapp-ein-drittel-der-erde-soll-unter-schutz-gestellt-werden**](https://www.klimareporter.de/international/knapp-ein-drittel-der-erde-soll-unter-schutz-gestellt-werden)

**#76:** [**https://www.klimareporter.de/international/damit-die-natur-bleibt**](https://www.klimareporter.de/international/damit-die-natur-bleibt)

**#79:** [**https://www.klimareporter.de/international/china-hat-alle-gleich-ungluecklich-gemacht**](https://www.klimareporter.de/international/china-hat-alle-gleich-ungluecklich-gemacht)

**#87:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/co2-abgabe-auf-importe-aus-drittlaendern-soll-europaeische-firmen-schuetzen-a-99b1f8d4-241d-4f93-ab89-2dbef1698103#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/co2-abgabe-auf-importe-aus-drittlaendern-soll-europaeische-firmen-schuetzen-a-99b1f8d4-241d-4f93-ab89-2dbef1698103#ref=rss)

**#94:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/cop15-in-montreal-wie-es-zur-einigung-beim-artenschutz-kam-a-7e841246-4f38-4b0a-a238-636608661f3d#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/cop15-in-montreal-wie-es-zur-einigung-beim-artenschutz-kam-a-7e841246-4f38-4b0a-a238-636608661f3d#ref=rss)

1. **Quellen** für das Folgende sind: Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Diesbezügliche Literaturhinweise (der Form **#nn**) befinden in den folgenden Textabschnitten. Sie gelten immer solange bis im Text der nächste Literaturhinweis erscheint. Am Ende dieses Berichts werden unter der Überschrift „Literatur“ die Quellen detailliert angegeben. [↑](#footnote-ref-1)
2. Die Konferenz wird auch „Weltnaturgipfel“ oder „Artenschutzkonferenz“ oder „Kunming-Montreal-Abkommen“ genannt. [↑](#footnote-ref-2)
3. Die Abschlusserklärung ist ein Paket aus mehreren Dokumenten, die insgesamt 4 übergeordnete Ziele und 23 Umsetzungsziele umfassen **(#97)**. [↑](#footnote-ref-3)
4. Einzelheiten zu den weitreichenden, komplexen finanziellen Fragen, siehe **(#75, #76, #79, #94)** [↑](#footnote-ref-4)
5. „Trilog“ ist ein paritätisch zusammengesetztes Dreiertreffen der gesetzgebenden Institutionen der Europäischen Union: Europäische Kommission, Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament. [↑](#footnote-ref-5)
6. Diese Projekte sind das Herzstück des „Fit for 55“-Pakets „Kampf gegen den Klimawandel“, das die europäische Kommission im Sommer 2021 vorgestellt hatte. [↑](#footnote-ref-6)